

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Harmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für einmalige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedermalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 40 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

**D**er Minister für Cultus und Unterricht hat eine am Innsbrucker Gymnasium erledigte Lehrerstelle dem Gymnasiallehrer in Laibach, Weltpriester Georg Bonbani, zu verleihen befunden.

Am 3. Juli 1860 wird in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das XXXIX. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet werden. Dasselbe enthält unter

Nr. 156. Die Verordnung der Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen vom 16. Juni 1860 — gültig für den ganzen Umfang des Reiches, mit Ausnahme der Militärgrenze — womit die dynamische Maßeinheit der Pferdekraft festgesetzt wird.

Nr. 157. Den Erlass des Finanzministeriums vom 20. Juni 1860 — gültig für alle Kronländer des allgemeinen Zollgebietes — über die Aufhebung des Nebenzolldamtes erster Klasse in Drechovica, der Zollämter zweiter Klasse in Sussak und Scoglletto in dem Finanzbezirke Triume, dann über die Errichtung einer Expositur des Hauptzolldamtes in Triume.

Nr. 158. Die Verordnung des Armee-Ober-Kommandos, dann der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 23. Juni 1860 — gültig für alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgrenze, jedoch einschließig der Grenz-Kommunitäten — betreffend die Nachtrags-Bestimmungen zu der in dem VII. Stücke des Reichs-Gesetz-Blattes vom Jahre 1856, unter Nr. 27 kungemachten Vorschrift über die Stellvertretung im Militärdienste.

Nr. 159. Die Verordnung des Finanzministeriums vom 24. Juni 1860 — gültig für alle Kronländer — über das Benehmen bei der Einbringung ausländischer Abgaben.

Mit diesem Stücke wird auch das Inhalts-Register der im Monate Juni 1860 ausgegebenen Stücke des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet werden.

Wien, 2. Juli 1860.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Reichsgesetzblattes.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 4. Juli.

Der Artikel der „Preussischen Zeitung“, den wir in unserm gestrigen Blatte mittheilten, erfährt in der österreichischen Presse vorwiegend eine beifällige Beurtheilung. Es ist ein Gefühl der Befriedigung, das sich durchweg kundgibt, und dessen sich selbst die Organe, welche an den Aeußerungen des ministeriellen preussischen Blattes mancherlei auszusetzen finden, nicht anschlagen können. Wir theilen unsern Lesern im Nachstehenden einige Urtheile der Wiener Journale mit. Die „Presse“ sagt: „Die bedeutungsvolle Auslassung des preussischen Regierungsblattes ist ein laudender Beweis der wahrhaft brüderlichen und echt deutschen Politik des Berliner Kabinetts und, hoffen wir es, das Unterpfand einer Verständigung der so lange zu ihrem beiderseitigen Nachtheile entzweiten deutschen Großstaaten. Der Ton, den die „Preuß. Zeitung“ anschlägt, wird, wir sind dessen gewiß, in dem Herzen jedes Oesterreichers, der es mit seinem Lande wohlmeint, nachhaltig widerklingen.“ Der „Fortschritt“ äußert sich also: „Die Hoffnung auf eine Einigung im deutschen Bunde durch die Eintracht der beiden Großmächte, erwächst im Angesichte der vollen Ausföhrung des preussischen Regierungsgedankens zur Ueberzeugung. Der Leser kann selbst urtheilen, ob nicht diese offene loyale Sprache einer Regierung, — die stark und angesehen genug ist, um nicht als

Vittisteller und im Drang der Umstände eine Hingebung zu affectiren, die sie morgen verläugnen würde — ob nicht diese Aeußerungen die Zuversicht erwecken, daß endlich der langersehnte Moment gekommen ist, wo der deutsche Bund nicht mehr wegen seiner Zerfahrenheit als ohnmächtiger Zuschauer oder in leidender Resignation neben den Weltereignissen stehen muß. Der Ton des preussischen Regierungsblattes in Betreff des Fortschrittes in Oesterreich erweckt überdies die Vermuthung, daß man am preussischen Hofe in Betreff der in Oesterreich zu gewärtigenden legislatorischen Maßnahmen wohlunterrichtet sei.“ — Auch die „Ost-D. Post“ kann ihre Zustimmung nicht versagen, doch spricht sie die Befürchtung aus, daß der leidige Dualismus nicht nur fortdauern sondern noch größer werde. Sie läßt sich in folgender Weise aus: „In Bezug auf die Stellung zu Deutschland macht das ministerielle Organ eine Eröffnung, die bei den deutschen Regierungen Sensation erregen wird. Preußen will das völkerrechtliche Band des deutschen Bundes nicht erschlittern, aber von dem staatsrechtlichen „Besugnisse“ desselben sagt es sich los. Dieses Programm, wenn es in seiner ganzen Ausdehnung aufrecht erhalten wird, brächte eine solche Umwälzung in dem seit 1815 nach und nach ausgebildeten Bundesrechte hervor, daß eine neue Formulierung des letztern die nächste Aufgabe der deutschen Regierungen werden muß. Wir halten diese Formulierung des preussischen Programms für zu weit gehend und fürchten nicht ohne Grund, daß es eher ein vergrößertes Schisma als eine Verständigung hervorbringen wird. Aber insofern ist die Grundidee der preussischen Regierung richtig, als die Entwicklung der deutschen Bundesfassungen von 1815 bis 1847 von der Voraussetzung ausging, daß die beiden deutschen Großmächte der absoluten Staatsform angehören. Als im Jahre 1851 der Bund, in Ermangelung eines Bessern, in seiner alten Form wieder hergestellt wurde, wurde die Nothwendigkeit einer energischen Reform zwar wohl geföhlt, die Ausführung scheiterte aber sowohl an der reaktionären Richtung der ganzen Zeit, wie an dem unüberwindbaren Dualismus Preußens und Oesterreichs. Von der Zeit aber, wo fast sämtliche deutsche Staaten zu Verfassungsstaaten sich umgewandelt haben, von dem Momente namentlich, wo Preußen konstitutionelle Formen angenommen und dieselben nach und nach zu befestigen sucht, fällt die Voraussetzung, welche die Politik des Fürsten Metternich der Ausbildung der deutschen Bundesverhältnisse zu Grunde legte, von selbst zu Boden. Wenn mancherlei Voraussetzungen, wie wir bereits sagten, in der Entwicklung des deutschen Bundes schon dadurch antiquirt sind, daß Preußen zu einem Staate mit parlamentarischen Institutionen sich umwandelte, so würde eine Reform des deutschen Bundesrechts allerdings noch rascher zu Stande kommen, wenn auch Oesterreich in seiner innern Organisation den Weg betreten würde, den alle übrigen deutschen Staaten bereits eingeschlagen haben. In dieser Beziehung ist die Argumentation des preussischen Blattes vollkommen logisch.“ In dem Satz: „daß parlamentarische Institutionen, welche den österreichischen Gesamtstaat zusammenfassen, vor allem Anderen geeignet wären, in den Deutsch-Oesterreichern selbst das Bewußtsein eigenbürtiger, von den deutschen abweichender Aufgaben und Bedürfnisse zu erwecken“, will die „Ost-D. Post“ einen, die Zweideutigkeit Deutschlands begünstigenden Hintergedanken entdecken. Der Satz des preussischen Artikels ist allerdings nicht recht verständlich; doch meinen wir, daß durch die Verständigung der beiden deutschen Großmächte der Dualismus selbst seine Schroffheit verliert. Daß aber das Deutschland der Zukunft mehr sein muß als ein bloß „völkerrechtlicher Bund“, ist auch unsere Ansicht.

## Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung vom 21. Juni 1860.

(Offizieller Bericht.)

(Schluß.)

Der a. o. Reichsrath Ritter v. Starowiejski-Biberstein erklärte, im Interesse des Kronlandes Galizien, welchem anzugehören er die Ehre habe, es nicht unberührt lassen zu können, daß im Gegensatz zu dem von dem Herrn Justizminister ausgesprochenen Grundsatz, wonach die Grundbücher in der Sprache der Mehrheit der Einwohner geführt werden sollen, in Lemberg seit jeher und in Krakau seit einigen Jahren die Grundbücher in der deutschen Sprache geführt werden.

Dieser Vorgang, durch welchen die Landessprache beseitigt erscheine, berühre die dortige Bevölkerung peinlich und bilde einen der Beschwerdepunkte des Landes, welches an seiner Nationalität und Sprache mit größter Vorliebe hänge.

Der a. o. Reichsrath Dr. Polanski bestätigte, daß die Grundbücher in Galizien, welche Anfangs in lateinischer und im Jahre 1848 in polnischer Sprache geführt wurden, seit 1850 ausschließlich in deutscher Sprache geführt werden, und daß es der allgemeine Wunsch der Bevölkerung sei, daß sich hierbei der Nationalsprache bedient werde.

Der Herr Justizminister erwiderte, daß ihm hierüber keine Beschwerde zugekommen und er daher nicht in die Lage gesetzt worden sei, eine Verfügung zu treffen.

Der a. o. Reichsrath v. Mailáth sprach sich nunmehr über den Gegenstand der Diskussion in folgender Weise aus:

„Ich werde mich wohl hüten, in die Frage, ob das Grundbuch nothwendig sei oder nicht, worüber die Männer der Wissenschaft ohnehin in zwei Lager getheilt sind, einzugehen. Ebenso wenig werde ich mich in die Details der Grundbuchs-Einföhrung in Ungarn einlassen, nachdem diese erschöpfend behandelt worden sind.“

„Ich kann nur jener Ansicht beipflichten, welche die Einföhrung des Grundbuchs in Ungarn in dem Augenblicke, in welchem die Zusammenlegung der Grundstücke in Aussicht stand, jedenfalls für verfrüht und das Ergebnis für unvollkommen und unverhältnißmäßig kostspielig hält.“

„Nur zwei Fragen, welche angeregt wurden, glaube ich nicht unbeantwortet lassen zu sollen, da mir dieß mit der Pflicht und mit der Stellung, die wir hier einnehmen, unverträglich erschiene. Die eine ist die Frage der Nationalitäten. Meines Wissens gibt es in Ungarn nichts als Ungarn, sie mögen sich der deutschen, slavischen, ungarischen oder rumänischen Sprache bedienen. In dieser Hinsicht herrscht in diesem Augenblicke eine Einmüthigkeit, von welcher sich in den Annalen der Geschichte kaum ein ähnliches Beispiel verzeichnet finden dürfte, und von welcher als einem Faktor der gegenwärtigen Sachlage allerdings Akt zu nehmen ist.“

„Die zweite Frage betrifft die Sprache. Im Gegensatz zu der Bemerkung des Herrn Bischofs von Diakovar muß ich erklären, daß auf dem staatlichen Gebiete in Ungarn meiner Ueberzeugung nach nur die ungarische Sprache die historisch, politisch und legal berechnete ist. Es ist nicht zu läugnen, daß jetzt ein stiller, aber unaufhörlicher geistiger Kampf der Nationalitäten unter sich stattfindet, und daß dieser Kampf um so mehr gefördert wird, je größer und beschleunigter die Verkehrsmittel sind, je schneller die geistige Reise vorwärts schreitet und die Wechselwirkung sich äußert. Die Entscheidung wird vielleicht früher, als man erwartet, erfolgen, die Palme aber jedenfalls jener Nationalität zufallen, die an Kultur, Geföhrung



und Bildung, und zwar nicht nur an literarischer, sondern auch an politischer Bildung am höchsten steht. Soll aber der Kampf in Schranken bleiben und nicht zum physischen Konflikt ausarten, so muß er ehrlich, das Feld frei und die Waffen müssen gleich sein.

„Uebergend auf den Antrag des Grafen Szécsen muß ich anführen, daß auch mir vom ersten Momente an die Aufgabe des Reichsrathes eine höhere zu sein schien, als bloß ein erweitertes Bureau zu sein in einem Staate, der ohnehin an dem Ueberflusse der Bureaux krank darnieder liegt. Ich glaube nicht, daß wir bloß die Aufgabe haben, Erläuterungen über Erläuterungen zu registriren, sondern ich präzisire die Hauptaufgabe des verstärkten Reichsrathes in folgenden drei Hauptrichtungen:

1. Wiederherstellung des in der letzten Zeit arg gestörten geistigen Friedens.

2. Auf Grundlage des wiederhergestellten Friedens die Anbahnung eines gedeihlichen Zustandes des Staatsorganismus, und

3. mit diesem und durch diesen eine dauerhafte und nachhaltige Besserung und Regelung des Staatshaushaltes.

„Der erste Punkt wird meines Erachtens nur erreicht durch einen freundschaftlichen Meinungsaustausch, durch die Verständigung und Vermittlung bei entgegenstehenden Meinungen, durch das Aussprechen und Festhalten der inneren Ueberzeugung, daß die Achtung der Rechte Anderer nie eine Schmälerung der eigenen Interessen in sich begreife, sondern vielmehr die sicherste Gewähr für die Wahrung der eigenen Rechte bildet.

„Bezüglich des zweiten Punktes, nämlich der Herstellung eines gedeihlichen Zustandes des Staatsorganismus wird schon der frische geistige Hauch, der unsere Versammlung durchweht, und der sein Echo auch in der Bevölkerung findet, die Erschlaffung, in der dieselbe jetzt existirt, beleben und statt der Apathie, der Theilnahmslosigkeit und dem passiven Widerstande eine selbstbewußte, lebenskräftige und werththätige Theilnahme der Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten hervorrufen, welche dann von selbst eine wirksame Kontrolle abgeben kann, wie sie in Bezug auf den dritten Punkt zur definitiven Regelung des Staatshaushaltes unbedingt nothwendig erscheint.

„Nachdem diese Aufgabe nur gelöst werden kann, wenn den dem Budget-Comité überwiesenen großen Prinzipienfragen nicht vorgegriffen würde, so trete ich dem Antrage des Herrn Grafen Szécsen bei.“

Der a. o. Reichsrath Bischof Stroßmayer erwidert auf die Bemerkungen des Vorredners die folgenden Worte: „Die einheitliche Gestaltung Oesterreichs liegt gewiß in dem Wunsche Aller; sie ist, glaube ich, eine Nothwendigkeit, und da ich in jeder Nothwendigkeit, möge sie moralischer oder physischer Natur sein, den Ausdruck eines höheren Willens sehe, so halte ich die einheitliche Gestaltung Oesterreichs für ein wahres Gebot der göttlichen Vorsehung. Oesterreich hat eine europäische Mission, und die göttliche Vorsehung hat eben an den Bestand Oesterreichs Fragen von höchster Wichtigkeit geknüpft, welche, ohne Oesterreich lösen zu wollen, ein Eingriff in die höhere Ordnung der Dinge wäre und zum eigenen Schaden gereichen müßte. Eben aber weil Oesterreich in der Völkerfamilie Europas hochwichtige Zwecke zu verfolgen hat, muß es ein einheitlicher Staat, muß es mächtig, stark und angesehen sein, und damit es mächtig, stark und angesehen sein könne, muß es vor Allem einig sein.“

„Von dieser Ueberzeugung geleitet, muß ich mich dahin aussprechen, daß Oesterreich in seiner einheitlichen Gestaltung so eingerichtet sein soll, daß jede Nation, jeder Volksstamm, er möge dieser oder jener sein, eine sichere Bürgschaft seiner nationalen, volksthümlichen Institutionen finde.“

„So gerne ich die billigen und gerechten Wünsche der Ungarn unterstütze, so kann ich mir doch auch in Ungarn eine gedeihliche Gestaltung des öffentlichen Lebens nicht denken, wenn im Gebiete dieses Lebens nur ein Volksstamm Berechtigungen haben soll und die übrigen nicht.“

„So wie es ein allgemein anerkannter Grundsatz ist, daß die persönliche Freiheit jedes einzelnen Staatsbürgers von Niemanden angetastet werden darf und vom Staate geschützt werden soll, ebenso hat auch jede Nation und jeder Volksstamm das Recht zu fordern, daß seine Freiheit in der Entwicklung nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern geschützt und unterstützt werde. Jeder Staat hat die von Gott erhaltene Verpflichtung, diesen Schutz und diese Unterstützung zu Geltung zu bringen. Wenn wirklich der rumänische und der slowakische Volksstamm auf einer niedrigeren Stufe der Kultur stehen sollten, so hat die Staatsregierung die doppelte Pflicht, dahin zu wirken, daß die Bildung dieser Volksstämme gehoben werde, damit alle mit einer Besittung in brüderlicher Eintracht treu um unseren Herrn und Kaiser geschaart zur Erreichung des hohen Zweckes zusammenwirken können. Werden jedem Volksstamme dieselben Lasten, dieselben Pflichten auferlegt, von jedem derselben Opfer gefor-

dert, so sehr ich nicht ein, warum die auf einer niedrigeren Kulturstufe stehenden Stämme im staatlichen Leben nicht eine gleiche Geltung und Berechtigung finden sollten.“

Der a. o. Reichsrath Bischof Freiherr v. Schaguna spricht sich nunmehr in folgender Weise aus:

„Aus Anlaß der Aeußerungen einiger sehr verehrten Mitglieder des hohen Reichsrathes halte ich mich für verpflichtet, auf die allgemein bekannte Thatsache hinzuweisen, daß seit einigen Decennien in Oesterreich das Nationalgefühl bei den minder gebildeten Volksstämmen eben so wie bei den gebildeten rege geworden ist, daß jeder Volksstamm unablässig bemüht ist, seine Nationalität und Nationalsprache zur Geltung zu bringen, — daß die im verhängnißvollen Jahre 1848 in dieser Hinsicht gefährdet gewesen Nationen den Kampf mit ihren Widersachern eifrig aufgenommen und ausgefochten und sich endlich an Se. k. k. Apostolische Majestät um Schutz für ihre Nationalität und Sprache gewendet haben. Ihr Vertrauen auf die Allerhöchste Person Sr. Majestät wurde durchaus nicht getäuscht, und der erhabene Monarch sprach nach Erwägung der Verhältnisse des einheimischen Oesterreichs das gerechte und heilige Prinzip der Gleichberechtigung aller Nationalitäten nicht nur selbst aus, sondern befahl auch seinen Organen die Durchführung desselben.“

„Als ein Freund und Verkündiger des Friedens will ich die hier gehörten entgegengesetzten Meinungen nicht einzeln widerlegen, muß es aber als einen Irrthum erklären, wenn behauptet wurde, daß es unter dem Scepter Oesterreichs noch eine Nation gebe, die einer anderen Nation zu Liebe bereit wäre, ihre Nationalität, ihre Sprache und ihre politische Existenz überhaupt aufzuopfern. Zwar hat es in der Welt immer Renegaten gegeben und auch heute noch gibt es solche in politischer Beziehung unentschiedene und schwache Charaktere unter den Einzelnen. Von ganzen Volksstämmen gilt es jedoch in keiner Weise. Wenn ich mir eine Bitte erlaube darf, so wäre es die, daß jeder Nationalität und Sprachenkampf geendigt werden möge. Derselbe erschiene nach der von Sr. Majestät ausgesprochenen Gleichberechtigung aller Nationalitäten ohnehin unbegründet und könnte nur zum größten Nachtheile für die österreichischen Nationen gereichen. Wer dafür das Wort ergreift, der ist, ich sage es ohne Anstand, kein Freund des Friedens, kein Freund der Verträglichkeit und der Brüderlichkeit, kein Freund des einheimischen Oesterreichs. Wie wäre es möglich, die von Sr. Majestät bei Gelegenheit des Empfanges der Reichsrathsmitglieder angekündigte gleiche Berechtigung aller Volksstämme und Länder so wie ihre Verbindung in brüderlicher Eintracht zu einem mächtigen Ganzen in Ausführung zu bringen, wenn eine Nation die andere auffordern wollte, ihre Sprache — das wahre Petasch des politischen Lebens — aus gewissen Privatrücksichten aufzugeben! Durchdrungen von patriotischen Gefühlen muß ich meine Ueberzeugung offen dahin aussprechen, daß jede Nation in Oesterreich heute von der Nothwendigkeit erfüllt ist, für ihre Nationalität, ihre Sprache und ihre politische Geltung in brüderlicher Absicht zu sorgen, ohne die anderen Nationen dabei beeinträchtigen zu wollen.“

Der a. o. Reichsrath Bischof Korzmits sprach sich ganz im Sinne des Antrags des Herrn Grafen Szécsen aus, indem er beifugte, daß, nachdem Se. Majestät durch die Allerhöchste Entschliessung vom 19. April d. J. das In's-Leben-treten der Landesvertretungen in Aussicht zu stellen geruht habe und demzufolge das Königreich Ungarn sich der bestimmten Hoffnung hingabe, in kurzer Zeit seine durch Jahre unterbrochene legislatorische Thätigkeit mit erneuerter Kraft und Hingebung wieder beginnen zu können, — die vorliegende Grundbuchordnung füglich der Landesvertretung Ungarns überwiesen werden dürfte.

Der a. o. Reichsrath v. Matlath erbat sich hierauf noch das Wort zu folgender persönlicher Bemerkung:

„Wenn ich einen geehrten Herrn Vorredner richtig verstanden habe, so mag ihn die von mir ausgesprochene individuelle Ansicht unangenehm berührt haben. Ich muß aber betonen, daß sich in Ungarn Jeder für einen Ungar hält, welcher Sprache er sich auch bedienen mag. Es mag sein, daß die Ansicht des Herrn Vorredners die richtige ist, aber ich verweise mich dießfalls auf die allgemeine Stimmung.“

Da der a. o. Reichsrath Bischof Freiherr von Schaguna sich dagegen auf die Stimmen der übrigen Nationen außer den Ungarn berief, so erklärte der a. o. Reichsrath v. Matlath, daß die Folge entscheiden werde, wer in dieser Hinsicht die Mehrheit der Stimmen auf seiner Seite habe. Uebrigens habe er nur für Ungarn dasjenige in Anspruch genommen, was der Herr Bischof Stroßmayer für Slavonien und Kroaten beansprucht habe, in jeder anderen Beziehung theile er vollkommen die Ansicht des zuletzt genannten Herrn Bischofs.

Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Reichsraths-Präsident brachte nun-

mehr den von dem a. o. Reichsrath Grafen Clam gestellten Antrag auf Schluß der Debatte zur Abstimmung, worauf dieser Antrag von allen Mitgliedern, mit Ausnahme des Reichsrathes Freiherrn v. Salvotti, durch Erheben von ihren Sigen angenommen wurde.

Nachdem ferner der a. o. Reichsrath Bischof Stroßmayer mit Rücksicht auf den bereits erfolgten Schluß der Debatte auf seine weiteren Bemerkungen zu verzichten erklärt hatte, forderte Se. kais. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Reichsraths-Präsident diejenigen Mitglieder, welche für den von dem Herrn Grafen Szécsen gestellten und nochmals abgelesenen Antrag stimmen wollten, auf, sich von ihren Sigen zu erheben. Da sich 33 Reichsräthe durch Aufstehen für diesen Antrag erklärten, so erschien derselbe als angenommen.

Hierauf stellte Se. kais. Hoheit die weitere Auforderung an die Versammlung, die Stimmzettel zur Wahl des siebenten Mitgliedes für das Grundbuch-Comité abzugeben, wozu sich für den a. o. Reichsrath Freiherrn v. Petrinó 23, als die meisten Stimmen, ergaben.

Demnach wurde der a. o. Reichsrath Freiherr v. Petrinó mit Stimmenmehrheit als Gesandter des ausgetretenen Grafen Bárkozy für das Comité der Grundbuchordnung gewählt.

Nun wurde von Se. kais. Hoheit die Sitzung geschlossen.

## Oesterreich.

**Wien, 3. Juli.** Se. k. k. Apostolische Majestät haben für die in der k. k. Freistadt Gyries durch Brand Verunglückten Eintausend fünfshundert Gulden öst. W. allergnädigst zu spenden und anzuordnen geruht, solche nach Maßgabe der vorhandenen Dürftigkeit alsogleich kommissionell zu vertheilen.

— In den berühmten „Herulesbädern“ nächst Mehadia werden noch im Laufe dieses Jahres großartige Neubauten in Angriff genommen. Laut einer Rundmachung des romanen-banater Grenz-Regiments haben nämlich Se. k. k. Apostolische Majestät die Ausführung nachstehender Gebäude zu genehmigen geruht: eines im großartigsten Style gehaltenen Unterkunftsgebäudes von zwei Stockwerken um 180.000 Gulden, dann die Herstellung einer sich daran anschließenden gedeckten Wandelbahn mit Pavillons, dem Bazar- und dem Kurzaalgebäude, in demselben Style, ebenfalls um 180.000 fl.

**Wien.** Se. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Franz Karl haben dem Kreuzer-Bereine zur Unterstützung der Wiener Gewerbeleute den Betrag von 100 fl. gnädigst gespendet.

**Triest, 30. Juni.** Bekanntlich weigerten sich 39 Mann der hier durchpassirenden Irländer, an Bord zu gehen. Da man die Ueberzeugung gewonnen, daß der größere Theil derselben verheiratet war, die übrigen aber angeblich an einer Augenkrankheit leiden sollen, so wurden sie auf Antrag des englischen Konsuls nach Hause spedirt, welchem Antrage auch der päpstliche Konsul und die Offiziere schließlich beistimmten.

## Deutschland.

**Frankfurt, 22. Juni.** (Offizielle Mittheilung über die Bundestagsitzung vom 21. Juni.) Von dem königlich preussischen Gesandten wurde zur Anzeige gebracht, daß an Stelle des zu anderweiter Verwendung abberufenen Generalmajors v. Sydow der bisherige Direktor des allgemeinen Kriegsdepartements, Generalmajor v. Voigts-Rbeck, zum Kommandanten von Luxemburg und Führer der Brigade der Besatzung dieser Bundesfestung ernannt worden ist.

Die Versammlung faßte sofort über verschiedene militärische Angelegenheiten Beschluß und wies die Reklamationen einiger Privaten als nicht begründet zurück.

Schließlich wurde zur Abstimmung über die in der Sitzung vom 8. d. M. von dem handelspolitischen Ausschusse wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in den Bundesstaaten gestellten Anträge geschritten, welche besagen:

Hobe Bundesversammlung wolle beschließen:

1. Am Tage der Bundesversammlung eine Kommission zur Ausarbeitung eines Gutachtens wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in allen Bundesstaaten und zur Eröffnung von Vorschlägen über die am zweckmäßigsten zu wählenden Systeme, sowie die zu Einführung derselben erforderlichen Maßregeln niederzusetzen;
2. zu diesem Ende aber vorerst an die hohen Regierungen, welche geneigt wären, zu dieser Kommission auf ihre Kosten sachverständige Kommissäre abzuordnen, durch Vermittlung der Herren Bundestagsgesandten das Ansuchen zu stellen, hierüber in Zeit von sechs Wochen Mittheilung machen zu wollen;

wogegen die Minorität der Ansicht ist, daß zunächst diejenigen Regierungen, welche den betreffenden Antrag nicht gestellt haben, aufzufordern seien, sich ebenfalls



über die Bedürfnisfrage und die Mittel der Ausführung auszusprechen.

Bei der Umfrage erklärte sich die Mehrh. d. der Gesandten, theilweise unter Hervorhebung des lebhaften Interesses ihrer Regierungen an diesem Gegenstande und Zusage ihrer Theilnahme bei der vorgeschlagenen Kommission für den Antrag der Majorität des Ausschusses, während eine Minorität, unter Bezeugung gleich reger Theilnahme an allem zur Verbesserung des Verkehrs Dienstlichen, sich für getrennte Behandlung der Fragen über die Einführung eines gleichen Gewichtes und gleichen Maßes aussprach, auch jenen Antrag als verfrüht bezeichnete, indem die Bedürfnisfrage eine sorgfältige Erwägung unter den Regierungen erheische, bevor über die Maßregeln der Ausführung verhandelt werde, daher jene zunächst aufzufordern seien, sich hierüber zu äußern und eventuell hienüt bestimmte Vorschläge zu verbinden.

Nachdem hierauf der Beschluß nach Antrag der Majorität gezogen worden war, sprach Präsidium die Hoffnung aus, daß auch diejenigen Regierungen, welche den Anträgen der Mehrheit des Ausschusses nicht beigestimmt haben, Sachverständige zu der fraglichen Kommission abordnen würden, deren Vorarbeiten als Grundlage für die weiteren Erörterungen zu dienen haben, um die erforderliche freiwillige Vereinbarung unter sämtlichen Bundesgliedern herbeizuführen.

### Italienische Staaten.

**Neapel.** König Franz hat mit Bezug auf das gegen den französischen Gesandten verübte Attentat dem Marquis Antonini in Paris sofort Weisung ertheilt, der französischen Regierung sein lebhaftes Bedauern auszudrücken und glänzende Genugthuung versprechen lassen.

**Turin, 27. Juni.** Sardinien hat nicht lange geschwankt und seine Politik gegenüber der neuen Wendung in Neapel rasch festgestellt. Rußlands und Spaniens Warnungen und Vorstellungen haben hier nicht den geringsten Eindruck gemacht. Man fühlt nur zu gut, daß der Schwerpunkt der Situation einerseits in den italienischen Ereignissen, andererseits aber im Verhalten Englands und Frankreichs liegt. Von dieser Seite her aber hat die sardinische Politik nichts zu befürchten. Herr v. Talleyrand hat bereits bei Cavour im Namen des Kaisers beantragt, des Königs Regierung möge die von Neapel angebotene Offensiv- und Defensivallianz annehmen; Cavour hat aber sofort erklärt, daß von einer Allianz mit den Bourbonen keine Rede sein könne. Und was weiter? Wird Frankreich Sardinien Gewalt antun? Gewiß nicht. Ein Diplomat erzählte statt jeder Meinungsänderung Folgendes: „In Baden-Baden soll der Prinz-Regent sein Bedauern für den Großherzog von Toscana und die Herzogin von Parma ausgesprochen haben. Napoleon stimmte gleich in dieses Bedauern ein und sprach mit einer Wärme für die Beiden, als wäre er ihr abhänglichster Freund.“

**Bologna, 30. Juni.** Auf dem hiesigen Frucht- und Gemüsemarkt kam es wegen plötzlich entstandener übermäßiger Theuerung zu Unruhen und Thätlichkeiten. Die Sicherheitsbehörden mußten einschreiten; einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

### Frankeich.

**Paris, 29. Juni.** Der „Moniteur“ enthält heute folgende Note:

„Der erste Akt des China-Krieges ist vollendet in der Besetzung der Insel Chusan, welche ohne Schwereit am 21. April in Folge einer zwischen den Vesselskabinen der französischen und englischen Flotten- und Militär-Streitkräfte und den chinesischen Behörden abgeschlossenen Konvention stattgefunden hat. Am selben Abend wehten die Flaggen Frankreichs und Englands zusammen von der Festung und den Hauptgebäuden der Stadt Ling-Hai. An den Straßenecken und öffentlichen Plätzen war eine Proklamation angeschlagen, welche die Einwohner von der Besetzung der Insel in Kenntniß setzen, beruhigen und auffordern sollte, ihre Handelsgeschäfte unbesorgt weiter zu betreiben. Am Tage der letzten Nachrichten, 24. April, war die Insel vollkommen ruhig, und Alles ging in größter Ordnung seinen Verpflichtungen nach.“

### Türkei.

Ueber die grausame Christenverfolgung im Orient, namentlich in Syrien, berichtet ein in arabischer Sprache abgefaßter Brief aus **Damaskus** vom 22. Dschemadi-el-achar (14. Juni):

Die Einwohner von Ain-Schara und mehrere Leute aus der dortigen Umgegend waren in die Ortschaft Anaafer, in der Provinz Ibel-lan zum Ernteschuß gekommen. Fünf oder sechs Tage nach ihrer Ankunft kam Ismael Al-Atrach vom Drusenberge Hooran mit 1000 bewaffneten Drusen, forderte den Scheik des Ortes Anaafer vor sich und verlangte von ihm, daß alle Christen vor ihm erscheinen. Der Scheik

gebörte seinem Befehle und brachte die Christen, 180 an der Zahl, ohne Weiber und Kinder, vor denselben.

Als diese vor ihm erschienen, gab er einigen von seinen Drusen den Befehl, ihnen sofort die Köpfe abzuschlagen. Einigen gelang es zwar, zu entfliehen; 120 aber wurden geköpft und die Köpfe auch mitgenommen. Den folgenden Tag begab sich Ismael Al-Atrach mit seiner Bande nach Hasbassja und Raschassja und mordete der Reihe nach, zuerst die Kinder des Emir Sad-Ei-din, dann seine Gekel und Alle, welche seinem Hause angehörten, groß und klein, so daß keiner übrig geblieben ist, 101 Personen an der Zahl. Der Emir selbst flüchtete sich zu dem dortigen türkischen Kaimakam Raschid-Effendi und flehte ihn um Schutz der Regierung an. Dieser aber konnte ihm keine Hilfe verschaffen. Als Al-Atrach mit den Köpfen der Familie fertig war, ergriff er auch den Emir, legte seinen Kopf in den Schooß des Kaimakam und schütt ihm denselben dort ab, wo er eben Schutz gesucht hatte. Den Kopf nahm er mit sich. Hierauf ließ er alle noch übrig gebliebenen Christen bringen und allen Weibern und Kindern, 410 an der Zahl, gleichfalls die Köpfe abschlagen.

Nach diesem wurden die Kirchen und Häuser abgebrannt, Alles ausgeplündert, wie rasiert; der Mann liebt Alles rein zu machen. Hierauf verließ er Hasbassja und begab sich — unbekannt wohin — man glaubt nach Zaleh oder Al-mohiara. Nach diesem Gemetzel kam der Kaimakam von Hasbassja mit einigen seiner Soldaten zu seiner Erzelenz dem Pascha, berichtete das Geschehene und zeigte ihm auch das Blut des gemordeten Emir auf seinen Kleidern. Der Pascha verließ sogleich die Mitglieder des Divan zusammen. Die Beratung dauerte 5 Stunden, das Beschlossene ist aber nicht bekannt geworden. Wir haben nur gehört, daß der Kaimakam sich in dieser Angelegenheit nach Konstantinopel begeben werde. Alle Christen sind jetzt im höchsten Grade betrübt, theils des geschehenen Unglücks willen, theils wegen der Schmach, die sie nun wegen der früher gehaltenen Ehre erlitten haben. Die Konsuln kommen fast jeden Tag zum Gouverneur und Montag den 11. hielten sie mit ihm Beratung, nach welcher zum Schutze der Stadt Damaskus auf den Festungsmauern 11 Kanonen, bei einem jeden Stadthore aber 4 Kanonen und 200 Soldaten aufgestellt wurden. Es werden auch Vaschi-Boschaks einberufen.

### Vermischte Nachrichten.

**Aus Graz, 29. Juni,** wird gemeldet: „Vorgestern Nachmittags nach 2 Uhr wüthete bei Söding, Boitsberg und Köflach ein orkanartiges Ungewitter, wie man ein solches sonst nur unter den Tropen, in der Region der verächtigten Oaregans und Taifuns, erleben kann. Unter Blitz und Donner ging ein Wolkenbruch nieder, der theilweise der Erguß kleiner plägender Wasserhosen zu sein schien; dieser gewaltthame Niederschlag war von zahllosen, hübnereigroßen Hagelschlossen begleitet. Im Walde zwischen Premstätten und Laibach sind Hunderte von ausgewachsenen Bäumen entwurzelt worden; anderthalb Mann dicke Stämme wurden von der Windsturm wie Glas auseinander gebrochen. Die zwei Rieseneichen bei dem Marienbilde in Arpling sind umgeworfen, die 150 Jahre alte Linde im eigentlichen Sinne des Wortes entzwei gebrochen. Kohlenwagen wurden vom Sturme umgestürzt, viele Gebäude, so das Eisenbahnstationshaus in Söding, ihrer Dächer beraubt. Die Telegraphenleitungen wurden durch mehrere Bligschläge und den Sturm furchtbar beschädigt. Menschenleben ist, soviel man weiß, keines zu beklagen, wohl haben aber sechs Personen komplizirte gefährliche Beinbrüche erlitten.“

— Der russische Fürst Georg Galizin, bekannt als einer der größten Musikenthusiasten Rußlands, ein Sohn desselben Fürsten Nikolas Galizin, dem Verhofen drei seiner letzten und schönsten Quartette gewidmet hat, veranstaltete am 20. d. in London ein großes Konzert, in dem bloß Kompositionen russischer Musiker (vom Fürsten selber, von Glinka und Borjmonsky) zur Aufführung kamen. Das Konzert war jedenfalls eines der interessantesten der Saison und die Ausführung ließ nichts zu wünschen übrig. Für die Engländer aber bestand das Anziehendste wohl darin, daß ein russischer Fürst sich herbeiließ, ein Kon-

zert selber zu dirigiren, daß dieser Fürst einen Walzer aufführen ließ, den er dem berühmten Züchtling Alexander Herzen gewidmet hatte, daß dieser Fürst öffentlich ankündigte, den Betrag des Konzertes dem Patrioten Garibaldi widmen zu wollen und daß dieser Fürst am 21. Abends in der italienischen Oper statt in Sibirien war.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Dresden, 3. Juli.** Ihre Majestäten der König und die Königin von Bayern sind heute um 2 Uhr hier eingetroffen und haben sich um 3 Uhr nach Pillnitz begeben. Morgen wird die Königin von Bayern nach Potsdam abreisen.

**Konstantinopel, 2. Juli.** Die Besorgnisse, welche man für das Beiramsfest hegte, sind zerstreut. Die Prozession des Sultans ist in vollständiger Ruhe vorübergegangen. Die Truppen haben einen Monatssold erhalten und zeigen sich vollkommen gut geklämt. Der königl. preussische Gesandte Graf v. Solz wird einen Urlaub antreten.

### Neuestes aus Italien.

**Palermo, 28. Juni.** Viele Beamte der früheren Regierung, darunter einige hervorragende, sind verhaftet worden. Das Volk verlangt ihren Tod.

Garibaldi sah sich genöthigt, Truppen ins Innere der Insel zu schicken, um die gestörte Ordnung herzustellen. Das sizilian. Ministerium ist unpopulär, zwischen Stadt und Land herrscht Zwietracht. Gegen die Steuern erhebt sich starke Opposition; doch dauert die Aburteilung gegen die neapolit. Regierung fort.

**Neapel, 30. Juni.** Der König sandte den Grafen v. Aquila zwei Mal zum Baron Brenner, um diesem einen Besuch machen zu lassen. — Das Amtsblatt verkündet, daß Ruhe bei dem größeren Theil der Bevölkerung herrsche.

**Rom, 2. Juli.** Der Papst besuchte die Befestigungen von Civita vecchia und wurde vom Volke lebhaft begrüßt.

**Bologna, 1. Juli.** Der General-Intendant Mayr erließ eine Kundmachung, worin die Monopolisten sowie die Ruhestörer mit Strafe bedroht werden.

**Turin, 1. Juli.** Der Vertrag mit der lombardischen Eisenbahngesellschaft wurde genehmigt. Die Vorsteher des Emigrationscomité's in Mailand, Brescia, Parma, Modena und Bologna wurden wegen Vertheilung der bewilligten Unterstützung von 300.000 Fr. nach Turin berufen. Die Regierung hat die central-italienische Eisenbahngesellschaft ermächtigt, die Bahn von Bologna nach Lagoscura zu bauen.

**Turin, 2. Juli.** Der Aufstand in Neapel ist beruhigt; der Belagerungszustand wurde gemildert; ferner wurde dem General Clary Befehl ertheilt, die Feindseligkeiten einzustellen. Die Allianzvor schläge sind noch nicht hier angelangt. Man spricht von einer außerordentlichen Gesandtschaft nach Turin. Wie es heißt, sollen an die Gesandten von Neapel aus Befehle ergangen sein, die Verbannten in die Heimat ziehen lassen. Die „Opinione“ widerspricht der Nachricht von den Protesten der spanischen und russischen Gesandten gegen die Expeditionen Garibaldi's. Es heißt, Rocasorte habe die Mission nach Paris abgelehnt. Principe di San Giuseppe ist auf dem Wege nach London hier eingetroffen.

### Programm

der heute, am 3. Juli, um 5 Uhr Nachmittags im Konferenz-Saale des Gymnasiums stattfindenden **Monats-Versammlung des historischen Vereins für Krain:**

1. Herr Gymnasial-Direktor Nečasel: Franz Wilde's Beitrag zur Kulturgeschichte Krains;
2. Herr Dir. H. Cofka: a) Die Landesregierung des Herzogthums Krain; — b) Vierhundertjähriges Jubiläum des Bisthums Laibach;
3. Hr. Dr. Eth. H. Cofka: Aus Ofrörer's „Geschichte Gregor VII., die Mark Krain“ betreffend;
4. Hr. Prof. Peter v. Radich: Ueber 2 Kaiser-Arkunden des XI. Jahrhunderts (betreffend die Herrschaft Beltes).

Laibach am 3. Juli 1860.

A. Dimitz.

Sekretär des hist. Vereines für Krain.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaum.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden in Pariser Linien
3. Juli	6 Uhr Morg.	328.67	+9.4 Gr.	N.	schwach	theilw. bewölkt
	2 „ Abg.	328.22	+16.4 „	NW.	deito	deito
	10 „ Abg.	328.11	+12.2 „	N.	deito	deito
4. „	6 Uhr Morg.	327.76	+11.0 Gr.	W.	schwach	theilw. bewölkt
	2 „ Abg.	328.18	+19.0 „	W.	deito	deito
	10 „ Abg.	325.38	+14.2 „	SW.	mittelm.	deito



# Anhang zur Laibacher Zeitung.

**Börsenbericht.** Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Dr. Stg. Abbbl.) Die Börse gut gestimmt, die Umsätze lebhaft, Staats- und Spekulationspapiere gesucht; Lese besonders beliebt. — 3. Juli. Fremde Valuten um 1/2 bis 3/4 %, edle Metalle um mehr als 1% billiger und in Summen angetragen. Geld flüssig. Gesamte normal, 5%.

Öffentliche Schuld.		Geld		Ware		Geld		Ware		Geld		Ware		
A. des Staates (für 100 fl.)														
In österr. Währung	zu 5%	65.65	68.75	Andere Kronländer	zu 5%	88.—	93.—	Graz-Kösl. Eisenb. und Verab.		Slavy	40	36.75	37.—	
Aus d. National-Anlehen	5	79.40	79.60	Venetianisches Anl. 1859	5	79.25	79.75	Gesellschaft zu 200 fl. d. W.	—	St. Genois	40	39.—	39.25	
Metalliques	5	70.—	70.25	Aktien (pr. Stück).				Oest. Den.-Dampfsch.-Ges.	449.—	Windischgrätz	20	23.50	24.—	
ditto	4 1/2	62.50	62.75	Nationalbank		848.—	850.—	Oesterreich Lloyd in Triest	190.—	Waldstein	20	27.50	28.—	
mit Verlosung v. J. 1839		125.—	126.—	Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu				Wien. Dampf.-Akt.-Ges.	340.—	Reglewich	10	14.50	15.—	
„ 1854		96.25	96.50	200 fl. d. W. (ohne Div.)		191.20	191.40	Pfandbriefe (für 100 fl.)				Wechsel.		
„ 1860		95.75	96.25	N. d. Oeconom.-Ges. 3. 500 fl. d. W.		571.—	573.—	National- 6jähr. v. J. 1857 3. 5%	101.75	102.25	3 Monate			
Cemo-Renten sch. zu 42 L. austr.		15.50	15.75	K. Ferd.-Nordb. 3. 1000 fl. d. W.		1882.	1884.—	bank auf 10 „ ditto	97.50	98.—	Augsburg, für 100 fl. südd. W.	108.—	10.25	
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Staats-Eis.-Ges. zu 200 fl. d. W.				G. M. verlosbare	93.25	93.50	Frankfurt a. M., ditto	108.25	108.50	
Grundrenten-Obligationen.				oder 500 Fr.		257.50	258.50	Nationalb. (12 monatlich	100.—		Bamburg, für 100 Mark Banco	95.35	95.50	
Nieder-Oesterreich	zu 5%	92.50	93.—	Kais. Eis.-Bahn zu 200 fl. d. W.		192.50	193.—	auf öst. W. (verlosbare	88.70	88.90	London, für 100 Pi. Sterling	126.—	126.10	
Ungarn	5	72.50	72.50	Süd-nordb. Verb.-B. 200 „		130.50	131.—	Lose (pr. Stück)				Paris, für 100 Franke	50.30	50.40
Em. Ban., Kro. u. Slav.	5	70.25	70.75	Therzib. zu 200 fl. d. W. mit 100 L.				Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.			Cours der Geldsorten.			
Galizien	5	70.75	71.—	(50%) Einzahlung		126.—	126.—	zu 100 fl. öst. W.	106.—	106.25	Geld	Ware		
Bukowina	5	69.—	69.25	Südl. Staats-Eis.-B. von u. Gent.				Den.-Dampfsch.-G. 3. 100 fl. d. W.	100.—	100.50	K. Münz-Dufaten 5 fl. 99 Kr.	6 fl. 1 Kr.		
Siebenbürgen	5	69.—	69.50	ital. Eis. 200 fl. d. W. 500 Fr.				St.-dtgem. Dfen zu 40 fl. d. W.	36.50	37.—	Kronen	17	42	
				m. 100 fl. (50%) Einzahlung		153.—	154.—	Eisenb. „ 40 „ d. W.	83.50	84.—	Napoleon'scher	10	15	
				Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.				Salm „ 40 „	40.—	40.50	Russ. Imperiale	10	36	
				G. M. m. 80 fl. (40%) Einz.		131.50	131.75	Walffy „ 40 fl. d. W.	37.50	38.—	Silber-Agio	25.75	26.—	